Allgemeiner Anzeiger

Nachrichten für das märkische Sauerland

Gegründet 1901

Amtliches Organ des Kreises Altena und der Ämter Halver und Kierspe

Bezugsgebühren:
3.40 DM einschließlich Zustellgebühren
Postbezug: 3.— DM zuzgl. Zustellgebühren
Bestellungen
bei der Geschäftsstelle und den Boten

Anzeigenpreise:
Grundpreis . . . . . 0.15 DM
Amtl. Bekanntmachungen . . 0.10 DM
Stellengesuche . . . . . 0.10 DM
— Anzeigenpreisliste Nr. 2 —

Nr. 233 | Halver, Donnerstag, 7. Oktober 1954 | 1954

Staatsempfang in Ostberlin

Molotow mit neuem Deutschland-Plan

Vereinbarungen über sofortigen Abzug der Besatzungen - Für Annäherung Ost- und Westdeutschlands - Beziehungen zu Bonn

dpa. Berlin, 6. Oktober

Auf einem Staatsempfang zum fünfjährigen Bestehen der Sowjetzonen-Republik teilte der sowjetische Außenminister Molotow am Mittwochabend in Ostberlin mit, daß die Sowjetregierung den USA, Großbritannien und Frankreich erneut ein Deutschlandabkommen vorschlagen werde. Dieses Abkommen solle Vereinbarungen über einen sofortigen Abzug der Besatzungstruppen aus beiden Teilen Deutschlands enthalten.

Molotow erklärte, die Annahme des Vorschlages würde günstige Voraussetzungen für die Wiedervereinigung Deutschlands schaffen, gleichzeitig die internationale Lage entspannen und den Frieden in Europa festigen. Er trat dafür ein, alle Schritte zu einer Annäherung Ost- und Westdeutschlands zu unternehmen. Er erwähnte besonders Maßnahmen auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet in gesamtdeutschem Rahmen.

Molotow sagte, in letzter Zeit verhandelte man in London und in Bonn über einen Plan, die Besatzungstruppen bis zum Jahre 1998, also bis zum Ende dieses Jahrhunderts, in Westdeutschland zu lassen. Ein solcher Plan habe nichts mit der Herstellung der deutschen Souveränität noch mit der Gewährleistung von Sicherheiten in Europa zu tun. Der sowjetische Vorschlag über den Abzug der Besatzung beweise die friedliebende Politik der Sowjetunion, die auch die Beziehungen der Freundschaft zum deutschen Volk festigen wolle. „Es gibt genügend Grund dafür, daß sich die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Deutschen Bundesrepublik ebenfalls auf gesünderer Basis zu entwickeln beginnen". Er erinnerte dabei an die großen wirtschaftlichen Möglichkeiten.

Ausnahmezustand in Libyen

dpa. Kairo, 6. Oktober

In der libyschen Hauptstadt Benghasi wurde am Dienstag nach der Ermordung des libyschen Hofministers Shalhi der Ausnahmezustand erklärt, wie am Mittwoch in Kairo bekannt wurde.

Alliierte behalten sich noch Sonderrechte vor

Adenauer verfolgt Sachverständigen-Arbeit - Kontrolle für Waffenproduktion vorbereitet

dmt. London, 6. Oktober

Die Regierungserklärung des Bundeskanzlers vom Dienstag hat eine Reihe von Fragen ausgelöst, die am Mittwoch in London auf einer Pressekonferenz von einem Sprecher des britischen Außenministeriums beantwortet wurden. Der Sprecher wies besonders auf das alliierte Interventionsrecht im Falle eines Notstandes hin, das die Alliierten erst dann abtreten würden, wenn in Westdeutschland die verfassungsmäßigen Voraussetzungen geschaffen worden sind, um notfalls beispielweise den Belagerungszustand verhängen zu können.

Eine genaue Begrenzung der Vollmachten der Besatzungsmächte nach der Souveränitätsverleihung dürfte erst im Laufe der Sachverständigen-Besprechungen erfolgen, die in Bonn zwischen Vertretern Frankreichs, Großbritanniens, der USA und der Bundesrepublik aufgenommen wurden.

Wie hierzu aus Bonn verlautet, sollen die Beratungen bis etwa 15. Oktober abgeschlossen werden. Die Experten haben eine unerhörte Kleinarbeit in den nächsten Tagen zu leisten und Bundeskanzler Dr. Adenauer beabsichtigt, von Zeit zu Zeit in die Beratungen einzugreifen.

Der Sprecher des Foreign Office erklärte zur Frage der Rüstungsproduktion, daß auch auf diesem Gebiet die Experten vor großen Aufgaben stünden. Die Liste der unter Kontrolle herzustellenden Waffen muß noch festgelegt werden. Nach Auffassung des britischen Sprechers ist es möglich, daß die Bundesrepublik alle für die deutschen Divisionen notwendigen Waffen selbst herstellt. Es werde außer „ABC"-Waffen auch Waffen geben, die gänzlich ohne Kontrolle hergestellt werden dürfen.

Freitag: Wehrmacht muß demokratisch sein

DGB-Vorsitzender beendete die Diskussion — Erinnerung an Böckler-Vorschlag

dmt. Frankfurt, 6. Oktober

Der DGB-Vorsitzende Walter Freitag beendete am Mittwoch die teilweise mit heftiger Kritik geführte Diskussion über den Rechenschaftsbericht. Freitag nahm dabei auch zur Wehrfrage Stellung und betonte, daß die Gewerkschaften eine Gefährdung der demokratischen Gestaltung Deutschlands durch eine neue Wehrmacht nicht zulassen würden.

In seiner Stellungnahme zur Wehrfrage betonte Freitag, daß die Grundsätze des DGB in dem noch von Böckler ausgearbeiteten Vorschlag niedergelegt seien. Dieser Vorschlag, in dem nichts von einer „Hurra-Zustimmung" zu einer deutschen Wehrmacht, aber auch nichts davon stehe, daß man sich nicht zur Wehr setzen müsse, wenn man angegriffen werde, sei heute noch Richtschnur für die Gewerkschaften. Armeen nach dem Muster der Kaiserzeit oder des Nationalsozialismus seien für den DGB undenkbar. Eine neue deutsche Wehrmacht dürfe den demokratischen Aufbau in Deutschland nicht stören und die entstehenden Belastungen müßten für das Volk tragbar sein.

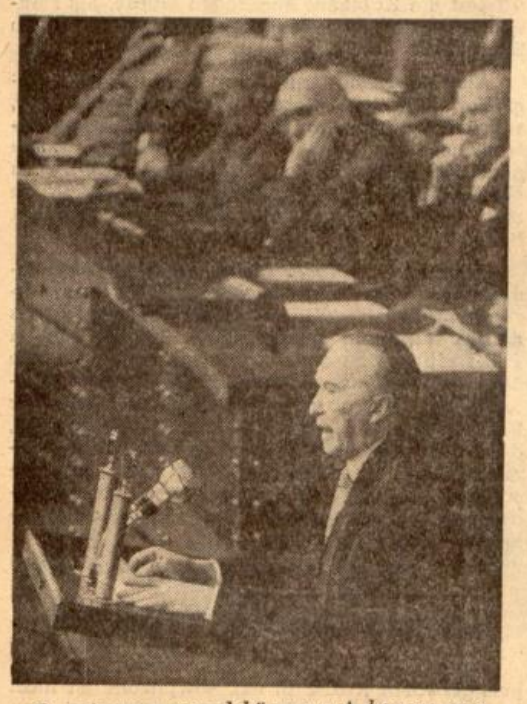
In der Diskussion wurde, wie am Vortag, die Gewerkschaftsführung wieder wegen mangelnder Aktivität angegriffen. Unter den verschiedenen Wortführern der Kritik wies der Vorsitzende des Berliner DGB, Ernst Scharnowski, auf die 40-Stunden-Woche hin, die künftig tariflich verankert werden müsse. Der DGB-Vorsitzende wies die mit dieser Frage erhobenen Vorwürfe jedoch zurück und erklärte, die Gewerkschaft sei kein Automat, in den man oben einen Groschen hineinwerfe, um unten sofort die Ware zu erhalten. Am Beispiel des Acht-Stunden-Tages stellte Freitag fest, daß gewerkschaftliche Forderungen nicht von heute auf morgen erfüllt werden könnten, sondern daß man darum kämpfen müsse.

Der Erste Vorsitzende der Gewerkschaft Oeffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV), Kummernuß, erklärte, ihm werde übel, wenn er von der Bundesrepublik als einem sozialen Rechtsstaat höre. Kummernuß antwortete damit auf die Ausführungen Professor Herschels vom Bundesarbeitsministerium, der zuvor in einem Referat festgestellt hatte, daß die Bundesrepublik im Grundgesetz als sozialer Rechtsstaat definiert sei und daß damit für den Gesetzgeber und für die Durchführung der Gesetze bestimmte Pflichten bestünden. Herschel hatte den Gewerkschaften empfohlen, sich besonders mit der verfassungsmäßigen Garantie des sozialen Rechtsstaates zu beschäftigen.

Mendès will Saar-Gespräch

dmt. Paris, 6. Oktober

Vor dem außenpolitischen Ausschuß der Nationalversammlung erklärte Ministerpräsident Mendès-France am Mittwoch, er wolle das Saar-Gespräch mit Bundeskanzler Dr. Adenauer bald wieder aufnehmen. Mendès-France erinnerte daran, daß Dr. Adenauer am 20. Oktober zu neuen Konferenzen nach Paris komme. Eine grundsätzliche Saar-Lösung wäre also noch im Laufe des Oktobers möglich.



Regierungserklärung Adenauers

Der deutsche Bundestag nahm am Dienstag eine durch Bundeskanzler Dr. Adenauer vorgetragene Regierungserklärung zu den Ergebnissen der Londoner Neun-Mächte-Konferenz entgegen. Als der Bundeskanzler das Rednerpult betrat, wurde er von den Abgeordneten der Koalitionsparteien durch lebhaften Beifall begrüßt. Der Plenarsaal war voll besetzt, ebenso die Zuschauer- und Pressetribünen. Das Kabinett war nicht vollzählig erschienen; es fehlten vier Bundesminister. Aber die Bundesratsbank war gut besetzt.— Unser Bild zeigt den Bundeskanzler bei der Verlesung der Regierungserklärung am Rednerpult. Im Hintergrund von links nach rechts: Neumeyer, Schäffer und Erhard. (dpa)

Wurst und Brot

Es wird berichtet, daß ein Oberregierungsrat aus dem Bonner Bundesernährungsministerium bei einer Diskussion auf der Hamburger Ausstellung „Vom Tier zum Tisch" — diese kannibalische Namensgebung verdient allein schon einen Preis! — einer Hausfrau nicht glauben wollte, daß man heutzutage keine Leberwurst zum früher üblichen Preis von 20 Pfennig pro Viertelpfund mehr kaufen könne.

Er war seiner Sache so sicher, daß er mit der resoluten Hamburgerin um eine Flasche Sekt wettete. Vereint zogen sie von einem Laden zum andern und suchten die „gute" Leberwurst, die nach Ansicht des Herrn Oberregierungsrates überall doch für 20 Pfennig das Viertelpfund zu haben sein sollte. Die billigste, die sie fanden — und ob sie gut war, wird nicht gemeldet — kostete — 35 Pfennige. Der Herr Oberregierungsrat zahlte seine Flasche Sekt.

Man mag fragen, in welchem Wolkenkuckucksheim dieser Herr wohl während der letzten Jahre gelebt hat. Nun, es ist schon gesagt worden: in Bonn, und er dient dem Staat im Bundesernährungsministerium. Dort hat man auch am Ende der verregnetsten Ernteperiode, die wir je erlebt haben, allen Ernstes versichert, die Ausfälle durch das schlechte Wetter seien gar nicht so bedeutend, die Ernte sei gut und die Versorgung mit Brotgetreide bis zur nächsten Ernte sei gesichert.

Das niedersächsische Landwirtschaftsministerium weiß es anders. Sein Sprecher erklärte dieser Tage in Hannover, die nationale Getreidereserve sei schon stark in Anspruch genommen und die Brotgetreideeinfuhren in den nächsten zwölf Monaten müßten um mindestens eine Million Tonnen erhöht werden. Der Effektivschaden, der voraussichtlich bereits höher sei als eine halbe Milliarde DM, könne sich unter Umständen durch Fehldispositionen über Verwendung des ausgewachsenen und sonst zu menschlicher Nahrung untauglich gewordenen Getreides noch als beträchtlich größer herausstellen. Ja, es wurde die ketzerische Ansicht geäußert, daß man zum mindesten für Roggen wohl auf östliche Quellen werde zurückgreifen müssen.

Den Niedersachsen kann man nichts vormachen und ihren Beamten wiederum ist es nicht Wurst, was ihre Untertanen von der Intelligenz ihrer Obrigkeit halten. Das ist gegenseitig. Die Niedersachsen lassen sich nicht gerne für dumm verkaufen und, wenn es not tut, sagen sie es auch. „Neddersassen-Schimmel, lope tapper tau un wer' nich meue!"

Bark am Berge

In letzter Minute

Der französische Ministerpräsident Mendès-France erklärte Mittwoch abend im außenpolitischen Ausschuß der Nationalversammlung, daß hinsichtlich der Souveränitätsverleihung an die Bundesrepublik und der Aufnahme Westdeutschlands in den Brüsseler Pakt und in die NATO vor der Ratifizierung durch die Nationalversammlung nichts geschehen werde.

Die Rede des sowjetischen Außenministers Molotow in Ostberlin zur Deutschlandfrage wurde von sozialdemokratischer Seite Mittwoch abend als ein neuer Schritt zur internationalen Entspannung angesehen. Die konkreten Schritte, die Molotow zur Wiedervereinigung ankündigte, müßten aber erst abgewartet werden. Eine offizielle Bonner Stellungnahme lag bis zum späten Mittwochabend noch nicht vor. Der französische Ministerpräsident Mendès-France erklärte in Paris, die sowjetische Erklärung scheine ein Einlenken zu bedeuten. Eine eingehende Prüfung der russischen Vorschläge sei aber notwendig.

Prof. Grewe, der juristische Sachverständige der Bundesregierung auf der Londoner Konferenz, sagte Mittwoch abend im Rundfunk, die lästigen Souveränitätsbeschränkungen und die mit Recht so viel kritisierte Notstandsklausel würden in dem in London vorbereiteten Vertragswerk fehlen. Bleiben würden indessen Bestimmungen über Reparationen.

In der vergangenen Nacht geriet der deutsche 1000-BRT-Frachtdampfer „Helene Russ" sechs Meilen nördlich von Amelang an der holländischen Küste in dem über der Nordsee tobenden Orkan in Seenot. Das Schiff meldete, der Mast sei gebrochen und die Deckladung verloren. Ein weiterer deutscher Frachtdampfer, „Erika L. Meentzen", 786 BRT, strandete Mittwochnacht bei Felixstowe, nördlich von Harwich. Es wird jedoch gemeldet, daß der deutsche Frachtdampfer nicht in Gefahr sei. Der 1489 BRT große dänische Dampfer „Rikke Skou" befindet sich südöstlich der Doggerbank in Seenot

Die Ueberschwemmungen im Norden von Honduras forderten nach den letzten Meldungen aus dem Katastrophengebiet über tausend Tote und Vermißte.

Familienausgleich ohne Aenderung

og. Bonn, 6. Oktober

Das Gesetz über die Gewährung von Kinderbeihilfen und die Errichtung von Familienausgleichskassen wird, nachdem es der Bundestag kürzlich in zweiter Lesung gebilligt hat, ohne wesentliche Aenderungen, wie sie vor allem von der Opposition gefordert werden, verabschiedet werden. Ein entsprechender Beschluß wurde am Mittwoch von der CDU-Bundestagsfraktion gefaßt.

London nur ein Anfang

Von Werner Lohe

Die Londoner Schlußakte vom 3. Oktober 1954 zieht unter die europäische und ganz besonders die deutsche Nachkriegsentwicklung einen dicken Strich, nicht nur durch die Beendigung der Besatzungsära in Westdeutschland, sondern vor allem durch die Schaffung eines Bündnisverhältnisses zwischen der Bundesrepublik und den freien Staaten des Westens. Das Ergebnis der Londoner Konferenz läßt sich etwa folgendermaßen zusammenfassen:

1. Das freie, demokratische Deutschland wird zu einem Partner des Westens.

2. Dieser Teil Deutschlands wird mit Hilfe des Westens aufgerüstet.

3. Der Aufrüstung sind bestimmte Grenzen gesetzt, durch die ein allzu schnelles Erstarken der deutschen Militärmacht verhindert wird.

Wenn wir diese drei Punkte als das eigentliche Kernstück der Londoner Abmachungen ansehen, erkennen wir auch den politischen Schwerpunkt der hiermit eingeleiteten neuen Europapolitik, in welcher der Bundesrepublik ein außerordentlich wichtiger Platz eingeräumt worden ist. Diese Politik zielt darauf ab, den alten deutsch-französischen Gegensatz durch eine Allianz zu überwinden, d. h. die europäische Zusammenarbeit durch ein — zunächst — genau geregeltes militärisches Kräfteverhältnis zwischen Deutschland und Frankreich zu ermöglichen. Dabei ist die vertragliche Regelung dieses Kräfteverhältnisses durchaus verständlich; denn der Besorgnis Frankreichs vor einem zu schnellen Erstarken der deutschen Militärmacht mußte, bei realpolitischer Ueberlegung, in irgendeiner Form Rechnung getragen werden. Es wäre daher nicht richtig, in den Vertragsklauseln für die deutsche Wiederbewaffnung eine „Diskriminierung" zu sehen. Diese Klauseln sind unvermeidbar, wenn man überhaupt eine deutsch-alliierte und besonders eine deutsch-französische Allianz für erstrebenswert hält. Wegen dieser Militärklauseln etwa den Londoner Abmachungen die parlamentarische Zustimmung versagen zu wollen, würde eine Verkennung der politischen Möglichkeiten bedeuten. Wir müssen uns vergegenwärtigen, daß eine uneingeschränkte deutsche Wiederaufrüstung weder in unserem eigenen Interesse liegt (man denke nur an die schwerwiegenden wirtschaftlichen und arbeitspolitischen Folgen), noch un-

‚Reizende Ueberraschungen'

Christel ist eine Puppe. Man muß sie gern haben. Neulich überraschte sie uns mit einer neuen Frisur. Ein bißchen keß, ein bißchen spitzbübisch fielen jetzt die Locken in die Stirn. Auf einmal merkte ich, daß sie ein prächtiger Blondschopf ist.

Ich glaube, ich sagte ihr in diesem Moment ein paar nette Worte. Wir Männer sollten das übrigens öfter tun. Es lohnt sich (meistens). Diesmal lohnte es sich auch, aber leider nicht für mich. Christel schlug Kapital aus der Geschichte.

Sie brauchte etwas anzuziehen. Natürlich, welche Frau braucht im Herbst, wenn die Blätter fallen, und nicht nur Blätter, sondern auch Regen und Nebel, kein frisches Blut für den Kleiderschrank? Dabei ist die Frage nach dem „Was" meist schon lange entschieden, bevor die Herren Göttergatten — ja, ich sagte „Göttergatten" — überhaupt nur eine Ahnung von den „reizenden Ueberraschungen" haben. Na, Schwamm drüber. Meine Herren, wir ziehen da alle am gleichen Strick. Und das soll uns trösten.

Christel machte es diesmal anders. Die Anerkennung über ihre schicke neue Frisur war der richtige Balsam auf ihre Seele. Und postwendend kam die Reaktion. In Form eines neuen Kostüms. Ganz preiswert. So um die dreihundert. Mit echtem Persianer. Die Rechnung war auch schon bezahlt. Ja, aber leider noch nicht das, was während der restlichen 28 Tage dieses Monats an Eßbarem auf den Tisch kommen sollte.

Mein Blick war meiner Meinung nach vielsagend. Christel ignorierte ihn vollkommen. Ich kenne das. Dann folgt meist noch ein kleines Schwänzchen hinterher.

Es kam auch diesmal. Am gleichen Abend erschien Christel strahlender als sonst zu Hause. Jetzt glich sie noch eher einer Puppe. Wo sie die Schönheit nur her hatte? Fünf Minuten später wußte ich es. Aus Tuben, Töpfchen, Fläschchen und was weiß ich sonst noch. Für zwölf Mark hatte man sie drei Stunden lang in Schönheit gebettet. Man roch es in der ganzen Wohnung.

Und nun kam die Vertrauensfrage: „Bist du mir böse?" — Ich frage Sie: Welcher Mann kann da schon losdonnern? Ich konnte es nicht — und zahlte.

Kirk

Halver

Kartoffelspende für Lehrlingsheim

Zum Erntedankfest des Vorjahres wurde in unserer Gemeinde eine Kartoffelspende für das Evangelische Lehrlingsheim in Lüdenscheid eingesammelt. Im Erntedankfest-Gottesdienst zu Schwenke wurde die Bitte ausgesprochen, es möge auch in diesem Jahre wieder eine Kartoffelspende für das Heim bereitgestellt werden. Die Sammelstelle ist dieselbe wie im Vorjahre, die Sammelzeit hängt von der Witterung ab. Es wäre schön, wenn die Bitte auch jetzt wieder willige Herzen fände.

Missionsfilm kommt zu uns

Ein Missionsfilm „Unter dem Kreuz des Südens" wird in allen Gemeinden des Kirchenkreises Lüdenscheid gezeigt werden. Nach Halver kommt er am Freitag, dem 22. Oktober. Abends um 8 Uhr wird er im Evangelischen Vereinshause vorgeführt werden. Der Ertrag des Filmes kommt dem Missionswerk zugute.

Verlosung im Frauen-Missions-Verein

Die Stunde des Frauen-Missions-Vereins im evangelischen Vereinshause zeigte gestern nachmittag ein anderes Bild. Eine Verlosung war angesetzt. Der Reingewinn wird der Rheinischen Missionsgesellschaft in Barmen übersandt.

Schalksmühle

Unsere Geburtstagswünsche

Ihren 83. Geburtstag kann heute Witwe Emma Cramer, Bergstraße 43, begehen, während am gleichen Tage Rentner A. Walter, Bergstr. 35, 73 Jahre alt wird. Beiden entbietet die Heimatzeitung die herzlichsten Glückwünsche.

Finanzielle Ueberlastung der Betriebe

Durchgreifende steuerliche Entlastung notwendig

Handelskammern warnen vor den Folgen einer unzureichenden Steuerentlastung

Auf einer Tagung der Steuerausschüsse der Industrie- und Handelskammern der bergisch-märkischen Wirtschaft in Hagen, Remscheid, Solingen und Wuppertal, die unter Vorsitz von Dr. Herkenberg in Wuppertal stattfand, wurde der großen Enttäuschung über die bisherige Behandlung und Beratung der seit Jahren von allen Seiten als vordringlich anerkannten Steuerreform durch Bundesregierung und Bundestag entschieden Ausdruck verliehen. Tiefgehende Rückschläge in der Wirtschaft des Bundesgebietes werden unausbleiblich sein, wenn die Erwartungen der Wirtschaft nach einer weitgehenden steuerlichen Entlastung, die wiederholt zugesagt wurde, nicht erfüllt werden.

Die bergisch-märkische Wirtschaft hält eine durchgreifende Tarifreform für zwingend notwendig und für unaufschiebbar, um die durch die bisherige Steuerpolitik immer mehr zunehmende finanzielle Auszehrung der Betriebe aufzuhalten. Die von der Bundesregierung vorgeschlagene und jetzt im Mittelpunkt der Beratungen stehende Tarifsenkung wird nach allen Erfahrungen — auch unter Berücksichtigung der durch die sog. „Kleine Steuerreform" von 1953 eingeführten Tarifsenkung — den zwingenden volks- und betriebswirtschaftlichen Erfordernissen in keiner Weise gerecht. Die mit der „Kleinen Steuerreform" durchgeführte Snekung der Steuersätze für die Einkommen- und Körperschaftsteuer hat durch den Wegfall einer Reihe steuerlicher Vergünstigungen vielfach überhaupt keine Entlastung zur Folge. Auch bei Verwirklichung der Steueränderungsvorschläge der Bundesregierung tritt für zahlreiche Steuerpflichtige durch Einschränkung und Fortfall von Vergünstigungen eine Entlastung nicht ein; teilweise muß sogar mit einer zusätzlichen Belastung gerechnet werden.

Das Ausmaß der Steuersenkung, das bei der heutigen Situation gefunden werden muß, ist in den Vorschlägen des dem Deutschen Industrie- und Handelstag nahestehenden Instituts „Finanzen und Steuern", Bonn, enthalten. Wenn in diesen Vorschlägen 40 Prozent für die Einkommensteuer als Höchstsatz und für die Körperschaften als allgemeiner Satz errechnet sind, so ist das nach Ansicht der bergisch-märkischen Wirtschaft die oberste Grenze dessen, was allenfalls vertretbar ist. Nach Auffassung der Industrie- und Handelskammern sollte eine weitere Erörterung über die vorgeschlagene Erhöhung des Umsatzsteuersatzes von 1 Prozent auf 1,5 Prozent auf der Großhandelsstufe, über deren Unmöglichkeit wohl allgemeine Uebereinstimmung besteht, überhaupt nicht mehr erfolgen. Auch die von der Bundesregierung im Gesetzentwurf vorgesehene Ergänzungsabgabe ist strikt abzulehnen. Die Wirtschaft vermißt im übrigen Vorschläge, die eine Vereinfachung und Rationalisierung der Verwaltung zum Ziele haben. Hierdurch könnten bei ernstem Willen erhebliche Mittel für den Haushalt freigemacht werden, zu dessen Aufrechterhaltung man stattdessen zusätzliche Steuereinnahmen notwendig zu haben glaubt.

Die derzeitige steuerliche Belastung leistet der Tendenz unwirtschaftlicher Betriebsführung Vorschub. Um eine gesunde Entwicklung der Wirtschaft sicherzustellen, verlangt die im bergisch-märkischen Raum ansässige Wirtschaft von den gesetzgebenden Körperschaften endlich zum 1. 10. 1954 das Inkrafttreten einer wirklich durchgreifenden Tarifsenkung unter Verzicht auf Sondervergünstigungen. Es müssen die empfindlichen Störungen ausgeschlossen werden, die von den überhöhten Besteuerungen zum Nachteil der Produktivität der Unternehmen und damit der gesamten Volkswirtschaft ausgehen. Die Finanz- und Steuerausschüsse der bergisch-märkischen Industrie- und Handelskammern weisen nachdrücklich darauf hin, daß die finanzielle Sicherheit und Ordnung im Staatshaushalt nicht denkbar ist, ohne gesunde finanzielle Verhältnisse in den Betrieben zu haben.

Eine durchgreifende steuerliche Entlastung insbesondere der mittleren Einkommen vermag zudem wesentlich zu einer sozialen und politischen Befriedung beizutragen. Die Steuerausschüsse der bergisch-märkischen Industrie- und Handelskammern erwarten daher, daß unverzüglich die erforderlichen gesetzlichen Regelungen durchgeführt werden, bevor eine verfehlte Steuerpolitik zu einem Leistungsrückgang der Volkswirtschaft führt.

Kinder, Kinder . . .

Leichtsinn führte zu Unfall im Eichholz

Mit einem Fahrrad sollte man kein Kraftfahrzeug zu überholen versuchen. Man sollte es schon gar nicht tun, wenn hinter dem Rad auch noch ein Anhänger läuft. Lebensgefährlich wird die Geschichte, wenn der Anhänger noch mit Kisten und Koffern beladen ist. Vollends tollkühn war aber jener Mann aus dem hier gastierenden Zirkus, der gestern auf Kisten und Koffer noch seine eigene Frau geladen hatte und mit dieser für ein Fahrrad erheblichen Ladung versuchte, den Wupper-Sieg-Autobus im Eichholz zu überholen. Bei allem Verständnis für Zirkus-Akrobatik, das war zu viel. Wie immer in solchen Situationen, hatte sich der forsche Radfahrer auch noch eine schwache Kurve zum Ueberholen ausgesucht. Natürlich kam ein Personenwagen aus der Gegenrichtung.

Als der Radfahrer nicht mehr aus und ein wußte, steuerte er in den Straßengraben auf der linken Seite. Er stieß gegen einen soliden Straßenstein. Der gab nicht nach. Der Fahrradanhänger wurde total zerstört. Erheblich verletzt wurde die Frau und auch der Mann bekam sein Teil. Der herbeigerufene Arzt ordnete die sofortige Ueberführung der beiden Verletzten in das Lüdenscheider Krankenhaus an.

Es geht wieder aufwärts mit der Jagd

Auch Flugwild hat stärkere Bestände — Schwarzwild leicht vermehrt

Wenn die ersten bunten Blätter von den Bäumen rieseln und der September sich dem Herbstanfang nähert, wird für den Waidmann auch die Jagdausübung bunter, nachdem ihm der Sommer fast nur die Jagd auf den roten Bock gestattete. Am 1. September ging die Hühnerjagd auf. Heute, nach zwei Wochen kann man erfreut sagen, daß die heimischen Jäger teilweise mehr und stärkere Ketten angetroffen haben, als sie vorher vermuteten.

Viel zur Bestandsverminderung dieses interessanten Flugwildes, vor allem der Fasanen, hatten die hochgiftigen Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmitel beigetragen. Die Landwirtschaft möge aber bedenken, daß gerade Rebhühner und Fasanen bei der Bekämpfung des Kartoffelkäfers, der Schnecken, der Drahtwürmer und des Unkrautsamens sind. Auch Fasanen haben sich erfreulicherweise wieder stärker vermehrt, wozu allerdings das Aussetzen von Jungfasanen im ganzen Kreise durch die heimische Jägerschaft günstig beigetragen hat.

Vielversprechende Hasenjagd

Die Schonzeit für Fasanen und Hasen geht am 15. Oktober zu Ende. In manchen Revieren ist die Hasenjagd recht vielversprechend, da die Junghasen gut durch die witterungsgünstigen Monate Februar und März gekommen waren.

Die Kaninchenjagd ist hier weniger verlokkend. Nur in der Nähe menschlicher Siedlungen, hauptsächlich in Gärten und auf Friedhöfen sind diese lästigen Nager häufiger zu finden, aber auch sehr schwer zur Strecke zu bringen.

Tollwutverdächtiges Wild ist hier weder gefunden noch gestreckt worden. Der Bestand an Füchsen ist ziemlich gleich geblieben. Gegenwärtig ist das Erlegen für die Berufsjäger, die hauptsächlich die Jagd auf den roten Freibeuter und den Dachs ausüben, wenig lohnend, da Fuchsbälge und Dachsschwarten nicht hoch im Preis stehen.

Guter Rehbestand

In vielen Revieren des Landkreises ist wieder ein guter Rehbestand vorhanden. Die Böcke haben gut aufgesetzt. Eine der notwendigsten Aufgaben der Heger und Jäger ist es, Böcke, die schlecht im Wildbret sind, auf den Abschußplan zu setzen und bevor sie sich vererbt haben, abzuschießen.

Hier und da hat sich das Schwarzwild wieder stärker vermehrt, doch ist es nicht mehr die große Plage der Landwirtschaft und der Forsten wie 1947/48. In Revieren mit dichten Jungfichtenbeständen sind oft Bachen mit viel Frischlingen beobachtet worden, während in anderen Bezirken das Schwarzwild nur noch als Wechselwild vorkommt.

So kann der heimische Waidmann mit größerer Hoffnung in den Herbst und Winter gehen. Wenn für die meisten Wildarten noch starke Schonung und Hege am Platze ist, kann der Jäger heute schon wieder mal eher als sonst auch an die Bereicherung seines Küchenzettels durch Wildbret denken.

Oberbrügge/Ehringhausen

Geistliche Abendmusik

Aus Anlaß seines 20jährigen Bestehens veranstaltet der Ev. Kirchenchor Oberbrügge am Sonntag, dem 17. Oktober, um 17 Uhr, eine Geistliche Abendmusik in der Kirche. Lüdenscheider Solisten und die Musiziergemeinschaft Haus Rhade wirken mit. Die Veranstaltung steht unter dem Leitwort: „Singet dem Herrn ein neues Lied, singet dem Herrn alle Welt!" Die Gemeinde ist zu dieser Veranstaltung recht herzlich eingeladen. Der Reinertrag ist für den Orgelfonds bestimmt. Programme werden in diesen Tagen von den Mitgliedern des Kirchenchores in der Gemeinde verkauft werden.

Männer-Ausspracheabend

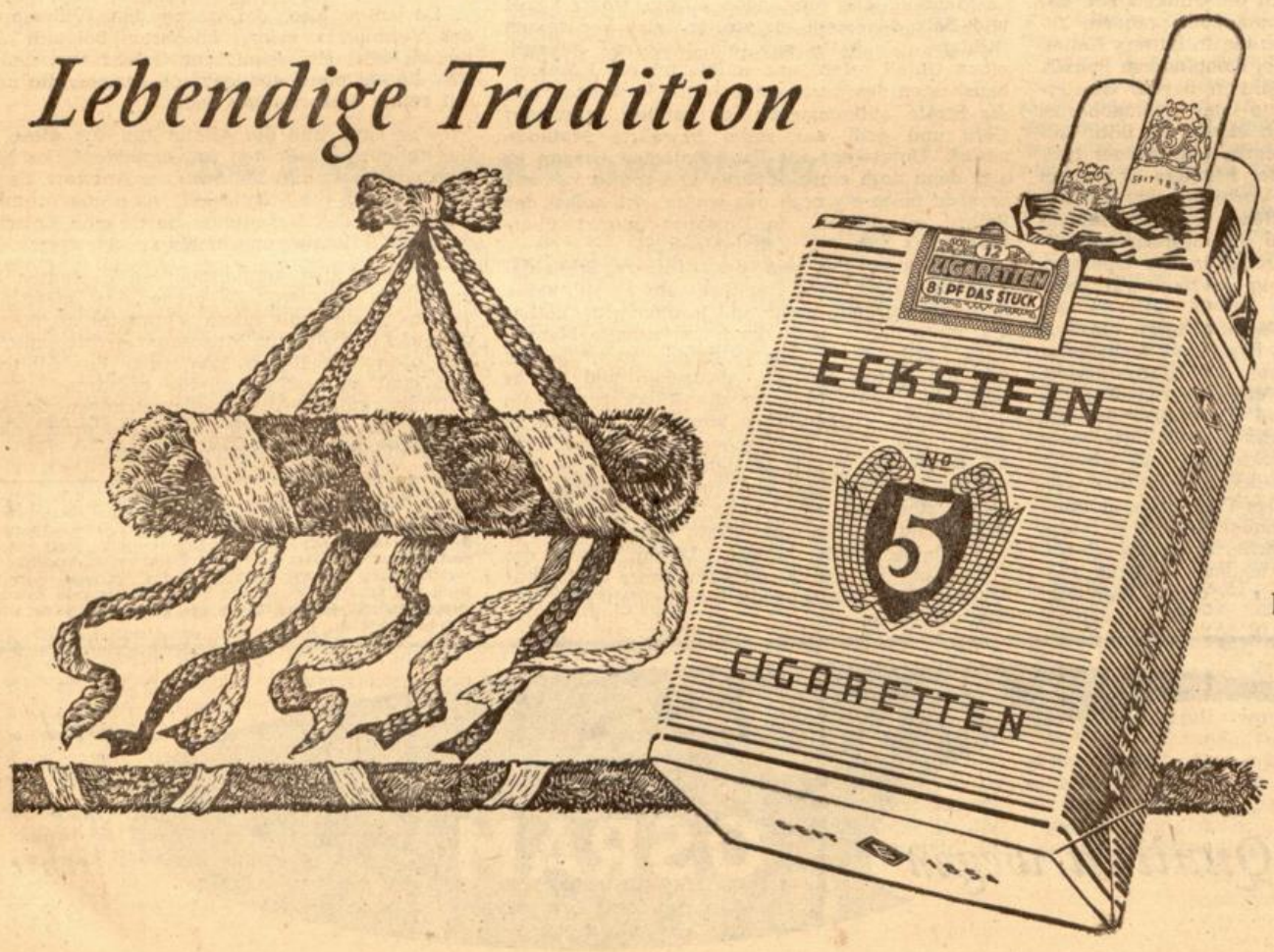
Am Donnerstag, dem 14. Oktober, findet wieder im Gemeindesaal ein Männer-Aussprächeabend statt. Es gibt manche Fragen, die uns bewegen und die wir allein nicht beantworten können. Diese Antworten im gemeinsamen Gespräch zu finden und Zweifel zu klären, ist der Sinn dieser Veranstaltung. Alle Männer der Gemeinde sind recht herzlich dazu eingeladen.

Dahlerbrück

Anhänger wurde wild

Als hier gestern ein Anhänger eines Lastzuges ins Schleudern geriet, war auch sogleich der passende Personenwagen aus der Gegenrichtung da, um von diesem wildgewordenen Anhängsel erfaßt zu werden. Dann besorgte der Anhänger noch ein Uebriges und drückte den Motorwagen gegen eine Mauer. Es entstand mittlerer Sachschaden. Personen wurden nicht verletzt.

Lebendige Tradition





Von der Ernte des Rohtabaks auf den sonnendurchglühten Feldern der orientalischen und amerikanischen Tabak-Anbaugebiete bis zur rauchbereiten Eckstein-Cigarette ist es ein langer Weg. Die entscheidenden Phasen dieses Weges gelten der Veredelung und dem Kultivieren des Tabaks durch die Tabakmeister. Darum ist seit fünf Generationen der Eckstein-Tabakmeister die „Nummer eins", die Seele der Eckstein-Cigaretten-Fabrikation.

ECKSTEIN

»echt und recht«

Arbeitslosigkeit geht weiter zurück

Künftige Wehrmacht macht Sorgen — Hoffnung für ältere Angestellte

dpa. Nürnberg, 6. Oktober

Die Arbeitslosenzahl im Bundesgebiet ist im September um 56 122 auf 822 500 zurückgegangen. Damit wurde ein neuer Tiefstand der Arbeitslosigkeit seit der Währungsreform erreicht. Diese Zahl liegt um 118 679 unter dem niedrigsten Stand der Arbeitslosenzahl des Vorjahres. Ueberraschenderweise war die Abnahme stärker als im August.

Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Scheuble, wies am Mittwoch in Nürnberg darauf hin, daß im gesamten Bundesgebiet die Arbeitslosenzahl gesunken ist. Damit sei erwiesen, daß es keine zufälligen Erleichterungen seien, sondern daß sich die gesamte Wirtschaftslage verbessert habe. Die jetzt noch vorhandenen Arbeitslosen bereiteten der Bundesanstalt die größten Sorgen, besonders wegen der Wiederbewaffnung. Wenn 500 000 Menschen Soldaten werden sollen, würden große Lücken in die Wirtschaft gerissen, die nur sehr schwer auszufüllen seien. Die Sorgen würden noch dadurch vergrößert, daß die Wehrmacht wahrscheinlich vor allem hochqualifizierte Kräfte beanspruchen werde. Scheuble meinte, daß den älteren arbeitslosen Angestellten dann vielleicht mehr als bisher geholfen werden könne.

Die Arbeitslosenzahl sank (abgerundete Zahlen) in Niedersachsen um 15 700 auf 162 600, in Nordrhein-Westfalen um 11 500 auf 150 800, in Bayern um 8500 auf 189 300, in Hessen um 8000 auf 72 000, in Rheinland-Pfalz um 4500 auf 32 700, in Schleswig-Holstein um 3500 auf 75 000, in Baden-Württemberg um 2200 auf 50 000, in Hamburg um 1500 auf 72 000 und in Bremen um 600 auf 17 700.

BHE für höhere Kriegsopfer-Renten

dpa. Bonn, 6, Oktober

Die Bundestagsfraktion des Gesamtdeutschen Blocks/BHE hat einen Aenderungsantrag zum Bundesversorgungsgesetz eingebracht, der eine 40prozentige Erhöhung der Grundrenten vorsieht. Die FDP hat zum gleichen Gesetz eine Erhöhung um 20 Prozent beantragt, die FPD um 30 Prozent. Der Bundestag wird am 15. Oktober in einer Grundsatzdebatte zur Kriegsopferversorgung Stellung nehmen.

Steuerreform verzögert sich schon wieder

Noch keine wichtige Frage ist geklärt — Fraktionen: Es wird höchste Zeit

wl. Bonn, 6. Oktober

Die Beratungen des Bundestages über die Große Steuerreform, die im Finanzausschuß am Mittwoch fortgesetzt werden sollten, mußten wegen der Vorbereitungen für die am Donnerstag stattfindende außenpolitische Debatte erneut vertagt werden, obwohl sich alle Fraktionen darin einig sind, daß höchste Eile geboten ist, wenn die Steuerreform wenigstens noch zum 1. Januar in Kraft treten soll.

Die Beratungen, die bisher noch zu keinerlei Entscheidung über die wichtigsten Streitfragen führten, sollen nunmehr am Freitag stattfinden, falls bis dahin die außenpolitische Debatte beendet sein sollte.

Man bedauert die neuerliche Vertagung der Ausschußberatungen um so mehr, als jetzt jede Hoffnung geschwunden ist, die Steuerreform doch noch rückwirkend bis zum 1. Oktober zu verwirklichen, wie es besonders die FDP gewünscht hatte. Der derzeitige Stand der Beratungen läßt eine Einigung in den wichtigsten Fragen in absehbarer Zeit nicht erkennen. Strittig sind noch immer der Einkommensteuer-Tarif, die Höhe der Körperschaftssteuer, die Ehegattenbesteuerung sowie die Freibeträge für Arbeitnehmer und freie Berufe.

Der Vorsitzende des Ausschusses, Wellhausen (FDP), hatte vor einigen Tagen eine weitere Steuersenkung um 10 Prozent in einer Gesamthöhe von 500 bis 600 Millionen Mark gefordert und die von Schäffer geforderte Bundesergänzungsabgabe zur Einkommensteuer abgelehnt, da man im Augenblick einer Steuerreform nicht eine neue Steuer beschließen könne.

Türken-Halbmond wehte über Palais Schaumburg

Volle deutsch-türkische Uebereinstimmung - Wirtschaftliche u. militärische Zusammenarbeit

wl. Bonn, 6. Oktober

Zu einer vollen Uebereinstimmung führten die Gespräche, die am Mittwoch zwischen Bundeskanzler Dr. Adenauer und dem türkischen Ministerpräsidenten Menderes sowie Außenminister Köprülü in Bonn geführt wurden.

Die Türkei wird, wie Menderes erklärte, alles tun, um die traditionelle Freundschaft zu Deutschland zu pflegen und auszubauen. Ferner wird die Türkei die Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO unterstützen. Die Verhandlungen in Bonn werden noch fortgesetzt. Man rechnet mit einer wesentlichen Vertiefung der gegenseitigen wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen sowie einer stärkeren Betätigung der deutschen Industrie in der Türkei. Bundespräsident Prof. Heuß gab für die türkischen Minister ein Frühstück in der Villa Hammerschmidt, an dem auch der türkische Botschafter teilnahm.

Die Besprechungen im Bundeskanzleramt, vor dem zu Ehren der türkischen Gäste der Halbmond gehißt worden war, erbrachten auf deutscher Seite die Bereitschaft, der Türkei bei der Behebung ihrer wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu helfen. An den Besprechungen nahmen neben dem Bundeskanzler auch Finanzminister Schäffer, Wirtschaftsminister Prof. Erhard, Ernährungsminister Lübke sowie Staatssekretär Hallstein teil. Mit besonderem Interesse wurde vermerkt, daß zeitweilig auch der Sicherheitsbeauftragte Blank zu den Beratungen hinzugezogen wurde. Man schließt hieraus, daß sich die Gespräche auch auf ein künftiges militärisches Zusammenwirken beider Länder erstreckt haben.

Ein Hauptanliegen der türkischen Regierung, die deutsche Hilfe bei der Modernisierung und dem Ausbau der türkischen Industrie zu gewinnen, dürfte mit Sicherheit erfüllt werden. Das gleiche gilt für die Verbesserung der türkischen Verkehrswege. Für die hier anfallenden Aufgaben hofft die türkische Regierung auch auf finanzielle Unterstützung durch die Bundesrepublik. Wie hierzu verlautet, bestehen gute Aussichten für eine deutsche Interessennahme an türkischen Investitionsmöglichkeiten.

Neue Vorschläge zur Freigabe von Atomgeheimnissen haben Wissenschaftler und Wirtschaftler Großbritanniens, der USA und Kanadas auf einer am Mittwoch beendeten Konferenz in dem Atomforschungszentrum Harwell ausgearbeitet.

In Paris und Bonn nahmen am Mittwoch Arbeitsausschüsse ihre Tätigkeit auf, die die Verwirklichung der Londoner Beschlüsse vorbereiten sollen.

Wetterbericht

Schauer und kühler

Ein kräftiges Tiefdruckgebiet zieht von der Nordsee nach Osten. Auf seiner Rückseite dringt kühlere Meeresluft nach Westdeutschland vor. Wechselnd bewölkt mit schauerartigen Regenfällen, mäßige Winde, leichter Temperaturrückgang. Tageshöchsttemperaturen zwischen 10 und 13 Grad. Weitere Aussichten: Leichte Wetterbesserung.



Schuppen stoßen ab! Kopfschuppen sind peinlich, weil sie als Ungepflegtheit gelten. Kopfschuppen sind auch Warnzeichen: Haarausfall droht! Seborin, das Haar-Tonic von Schwarzkopf, führt dem unterernährten Haarboden fehlende Aufbaustoffe zu (Thiohorn). Bald schwinden Schuppen und Kopfjucken. Gesund wächst das Haar nach. Seborin gibt es in jedem Fachgeschäft in Flaschen ab DM 2,20. Außerdem behandelt Sie Ihr Friseur auf Wunsch gern mit Seborin.



Seborin macht schuppenfrei!

Kartoffelkisten
6, 8 und 10 Zentner
Kartoffelkörbe
Drahtmangen
Werner Bauckhage
HALVER, Telefon 544

MGV „Germania" 1875 Hohenplanken
Chorleiter Otto Knoke

feiert am Samstag, dem 9. Oktober 1954
20.30 Uhr im Saale Schulte, Ennepe, **sein**

79. Stiftungsfest

verbunden mit Konzert und Tanz.

Es ladet herzlich ein: DER VORSTAND





glanzklar sauber durch „entspanntes Wasser"

Umtausch - Schafwolle - Wollstricklumpen

Wir tauschen Ihre Schafwolle und gewaschenen Wollstricklumpen gegen Ia Kammgarn (Sport-, Strumpf-, Schweißwolle mit Perlon verstärkt) in großer Farbauswahl. Weiterhin tauschen wir modische Strickwaren Westen, Pullover, Parallelos usw., handgewebte Tischdecken und Kissenplatten.

Samstag, den 9. 10. 1954 in folgenden Gasthäuser

8.00 – 8.45 Uhr **Schalksmühle,** Deutsches Eck
9.00 – 9.45 Uhr **Halver,** Zur Leye
10.00 – 10.45 Uhr **Brügge,** Linnepe
8.00 – 8.45 Uhr **Anschlag,** Bürger
9.00 – 9.45 Uhr **Rönsahl,** Vormann
10.00 – 10.45 Uhr **Kierspe-Bhf.,** Tannenbaum

Wollverwertung Coesfeld,
Ausl.-Lager: **Werner Scholle, Coesfeld (Westf.),** Gr. Viehstr. 5

Neu erschienen:
Putzger
Historischer Schulatlas
Verlag: **Velhagen & Klasing**
DM 14.60
Wilh. Bell jr.
HALVER



ANZEIGEN

in der Heimatzeitung

Allgemeiner Anzeiger

Nachrichten für das Märkische Sauerland haben stets besten Erfolg

Unsere Anzeigenannahmestellen:

Halver, Geschäftsstelle Kirchstraße 5
Schalksmühle, Hermann Piepenstock, Bahnhofstraße
Oberbrügge, Robert Wassertuhr, Heerstr
Kierspe, Fritz Karge, Fr.-Ebert-Straße 359
Rönsahl, Karl Aschenberg, Am Markt

Anst. Miete a. Teilzahlg.
1 BLUM-Fertighaus, Kassel-Ha. 169

Waschmaschinen :?
Doch besser eine **Miele!**
Fragen Sie zuerst **Eisen-Herdepe**



Dieser Herren-Trenchcoat

aus hochwertigem **Changeant-Bw.-Gabardine,** imprägniert, schützt Sie durch seine Vorder- und Rückenpasse und seinen doppelten Ärmel besonders gut.
Rundgurt und echte Ledergarnitur geben ihm die sportliche Note. Die Ausstattung mit festem kariertem Futter und zusätzlichem, ausknöpfbarem Steppfutter oder auch Wollfutter mit ks. Sattel vermehren seine vielseitige Verwendbarkeit.

Der vorteilhafte Barkauf-Preis nur 79.50

C&A BRENNINKMEYER

639

HAGEN, ELBERFELDER STRASSE 38
W.-ELBERFELD, HERZOGSTRASSE 9
W.-BARMEN, WERTH 76

DÜSSELDORF · BERLIN-CHARLOTTENBURG · BERLIN-NEUKÖLLN · BOCHUM · BREMEN · DORTMUND · DUISBURG · ESSEN · FRANKFURT A. M. · HAGEN · HAMBURG · HAMBURG-ALTONA · HAMBURG-BARMBEK · HANNOVER · KÖLN · MANNHEIM · MÜNCHEN · W.-BARMEN · W.-ELBERFELD